

# Blaue Karte für Zuwanderer

**Zuwanderung.** Bei den Amerikanern ist sie grün, in Deutschland gibt es sie jetzt in Blau – Hochschulabsolventen aus Nicht-EU-Staaten sollen es mit der sogenannten EU Blue Card einfacher haben, in Deutschland zu arbeiten. So liegen zum Beispiel die neuen Mindesteinkommen, die die Fachkräfte verdienen müssen, teils deutlich unter den durchschnittlichen Einstiegsgehältern.

Kluge Köpfe braucht das Land – und die sollen auch von außen kommen. Doch das deutsche Zuwande-

rungsrecht hat es den Hochqualifizierten bis zuletzt nicht leicht gemacht, hierzulande Fuß zu fassen.

Mit der Blue Card (Kasten Seite 2) soll das nun besser werden.

Eine große Hürde auf dem Weg zum deutschen Arbeitsmarkt war bisher das Einkommen, das ein Zuwanderer vorweisen musste.

**Waren es früher 66.000 Euro, können Blue-Card-Inhaber nun ab einem Jahreseinkommen von 44.000 Euro brutto einen Job aufnehmen, maximal für vier Jahre.**

Befristet Beschäftigte erhalten die Blaue Karte EU für die Dauer ihres Arbeitsvertrags plus drei Monate. Einen Anspruch auf eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung gibt es für jene, die zwei Jahre lang Beiträge zur Sozialversicherung geleistet und erfolgreich einen Integrationskurs absolviert haben.

Doch 44.000 Euro Bruttoverdienst sind immer noch recht hoch, vor allem für junge Fachkräfte:

**Vollzeiterwerbstätige deutsche Berufseinsteiger mit Universitätsabschluss verdienen im Schnitt rund 36.750 Euro.**

Einfacher haben es dagegen Hochqualifizierte, die einen der →

## Einkommensgrenzen für ausländische Akademiker

Ein Zuwanderer aus einem Nicht-EU-Staat muss mindestens **33.000** bzw. **44.000** Euro brutto im Jahr verdienen, damit er in Deutschland arbeiten darf.

So hoch sind die durchschnittlichen Einstiegsgehälter

Humanmedizin (Uni)	48.900
Elektrotechnik (FH)	44.400
Wirtschaftsingenieurwesen (FH)	42.650
Ingenieurwissenschaften (Uni)	41.150
Mathematik, Informatik (Uni)	41.050
Maschinenbau, Verfahrenstechnik (FH)	38.850
Informatik (FH)	38.000
Wirtschaftswissenschaften (Uni)	36.750
Wirtschaftswissenschaften (FH)	35.250
Psychologie (Uni)	31.450
Pädagogik (Uni)	28.000
Agrar-, Ernährungswissenschaften (FH)	26.450
Magister (Uni)	25.150

Quelle: Hochschul-Informations-System (HIS)

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwdd 3

## Inhalt

**Dänemark.** Zum Jahresbeginn hat Polen den Ratsvorsitz in der Europäischen Union an Dänemark übergeben.  
Seite 3

**Innovationsmonitor.** Deutschland gehört aus Unternehmenssicht zu den Top Ten der besten Standorte für innovative Firmen.  
Seite 4-5

**Lohnstückkosten.** Die Lohnstückkosten in Deutschland sind seit 1999 unterm Strich konstant geblieben.  
Seite 6-7

**Glücksspiel.** Die Bundesländer verdienen gut an Lotto, Toto und Spielhallen, aber die Einnahmen sind zuletzt gesunken.  
Seite 8

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland



→ Berufe erlernt haben, in denen momentan besonders viele Stellen unbesetzt bleiben – dazu zählen Humanmediziner sowie die MINTler, also Mathematiker, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Techniker. Sofern die Bundesagentur für Arbeit zustimmt, müssen diese Fachkräfte nicht 44.000 Euro, sondern nur mehr als 33.000 Euro brutto im Jahr verdienen, um in Deutschland arbeiten zu dürfen. Die meisten Einstiegsgehälter in diesen Berufen liegen deutlich darüber (Grafik Seite 1).

**Junge Ärzte, Ingenieure, Mathematiker, Naturwissenschaftler und IT-Spezialisten verdienen von allen Hochschulabsolventen am besten – zwischen 38.000 und knapp 49.000 Euro brutto im Jahr.**

Auch die Einkommensgrenze für hochqualifizierte Spezialisten und leitende Angestellte, die auf Dauer nach Deutschland kommen wollen, wurde von 66.000 auf 48.000 Euro gesenkt. Dabei gibt es allerdings künftig eine Schutzklausel für den deutschen Steuerzahler: Wer innerhalb der ersten drei Jahre Hartz IV

oder Sozialhilfe beziehen muss, verliert seine Aufenthaltserlaubnis. Für andere Ausländergruppen mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht gilt keine derartige Einschränkung.

Die Blue Card dürfte hauptsächlich Menschen aus den Ländern ansprechen, aus denen bereits heute viele Fachkräfte nach Deutschland einwandern (Grafik). EU-Bürger bleiben in dieser Statistik außen vor – für sie gilt die allgemeine Freizügigkeit, sie können also ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland einem Job nachgehen.

**Die meisten ausländischen Fachkräfte, die im Jahr 2010 in Deutschland arbeiteten und ein befristetes Visum hatten, kamen aus Nord- und Südamerika sowie aus Asien.**

Vor allem die Chinesen stellen eine große Gruppe, sowohl bei den Arbeitskräften als auch bei den Studenten – gut ein Fünftel aller Hochschulabsolventen mit einem befristeten Visum kam 2010 aus dem Reich der Mitte, 14 Prozent aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und 12 Prozent aus Süd- und Südostasien.

## Die EU Blue Card

Der Anstoß zur EU Blue Card kam von der Europäischen Kommission. Die Brüsseler Experten hatten bemängelt, dass EU-weit unterschiedliche Aufenthaltsregelungen für ausländische Hochschulabsolventen galten. Zudem soll mit der Blue Card ein europaweiter Fachkräfteengpass verhindert werden. Im Jahr 2009 brachte die EU-Kommission daher eine Richtlinie auf den Weg, die bis Mitte vergangenen Jahres in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden musste. Die Blaue Karte EU berechtigt ihren Inhaber, sich in einem EU-Mitgliedsstaat aufzuhalten und zu bestimmten Konditionen eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Die Blaue Karte könnte weiteren Experten aus dem Ausland die Tür zum deutschen Arbeitsmarkt öffnen – einen Automatismus gibt es gleichwohl nicht. Denn zum einen schrumpft auch in den osteuropäischen Ländern die Erwerbsbevölkerung, sodass dort die Zahl potenzieller Auswanderer sinkt. Und nur auf das bevölkerungsreiche Asien zu setzen, ist auch nicht schlau: Anders als die osteuropäischen Länder haben diese Staaten keine regionale oder kulturelle Nähe zu Deutschland – Fachkräfte dürften also mehr als einmal überlegen, ob sie sich so weit weg von daheim niederlassen sollen.

Zum anderen schläft die Konkurrenz nicht, gerade wenn es um die Anwerbung von Hochqualifizierten aus Asien geht. Besonders die angelsächsischen Länder haben schon lange spezielle Zuwanderungsprogramme für Hochqualifizierte. Im Vergleich zu diesen Staaten fehlt Deutschland vor allem eine Willkommenskultur, also eine gezielte Ansprache, Information und Begleitung der ausländischen Fachkräfte.

## Zuwanderung: Viele Studenten aus China

So viele in Deutschland lebende Ausländer aus Nicht-EU-Staaten hatten 2010 ein befristetes Visum, um ...



	... hier zu studieren bzw. eine Ausbildung zu machen	... hier zu arbeiten
China	29.672	11.088
Nord- und Südamerika	22.072	16.941
Staaten der ehemaligen Sowjetunion	20.664	10.842
Süd- und Südostasien	17.192	12.908
Südkorea und Japan	10.156	8.586
Türkei	6.153	4.206
Staaten des ehemaligen Jugoslawien	2.677	10.075
Restliche Welt	34.066	10.239
<b>Insgesamt</b>	<b>142.652</b>	<b>84.885</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

# Präsidentschaft mit wenig Power

**Dänemark.** Seit Jahresbeginn hat Dänemark den Ratsvorsitz in der Europäischen Union inne. Obwohl das Land zu den wirtschaftlich stärksten EU-Mitgliedern zählt, dürfte es als Nicht-Euroland auf die aktuelle Krisenpolitik der Euroländer nur wenig Einfluss nehmen können.

Der Aufgabe, den Rat der EU ein halbes Jahr lang zu leiten und Aufgaben voranzutreiben, stellt sich das kleine nordeuropäische Land mit seinen 5,5 Millionen Einwohnern zum siebten Mal.

Ein wichtiges Thema für die dänische Ratspräsidentschaft wird die Eurokrise sein. Dänemark selbst gehört der Währungsunion allerdings nicht an. Im Jahr 1992 hatte Kopenhagen das Recht durchgesetzt, nicht am Euro teilnehmen zu müssen. Auch heute wollen die meisten Dänen von der Gemeinschaftswährung nichts wissen – Ende 2011 sprachen sich bei einer Eurobarometer-Umfrage 69 Prozent gegen den Euro aus. Gleichwohl hält Dänemark den Wechselkurs seiner Währung gegenüber dem Euro im Rahmen des Europäischen Wechselkursmechanismus nahezu konstant.

Die Regierung unter der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt möchte denn auch nach eigenem Bekunden einer Spaltung zwischen den Eurostaaten und den anderen EU-Mitgliedern entgegenwirken. Allerdings dürfte der Einfluss Dänemarks begrenzt bleiben. Schließlich haben die Regierungen der Eurostaaten die Maßnahmen gegen die Krise auch bisher unter sich ausgehandelt.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen. Nach den Vorschlägen der EU-Kommission sollen der Gemeinschaft von 2014 bis 2020 insgesamt 1.083 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Da Dänemark mehr in den EU-Haushalt einzahlt, als es aus den Finanztöpfen erhält, dürfte es an einer eher sparsamen Ausstattung der EU interessiert sein. Als Ratsvorsitzender muss das Land jedoch eine Vermittlerrolle spielen, wobei allerdings nicht damit zu rechnen ist, dass der Finanzrahmen noch während der dänischen Ratspräsidentschaft festgezurrert wird.

Dass die Dänen zu den Nettozahlern in der EU gehören, beruht auch auf der wirtschaftlichen Stärke des Landes:

**Dänemarks Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner erreichte 2011 rund 43.500 Euro. EU-weit war nur Luxemburg besser.**

Um Kaufkraftunterschiede bereinigt übertrifft das dänische Pro-Kopf-BIP den EU-Durchschnitt um rund ein Viertel.

Allerdings hat Deutschlands nördlicher Nachbar zuletzt Federn gelassen. Nachdem die inländische Nachfrage bereits im Jahr 2008 rückläufig war – unter anderem ausgelöst durch den Einbruch des überhitzten Immobilienmarkts –, verstärkte die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 den Abschwung. Insgesamt sank das BIP in diesen beiden Jahren um mehr als 6 Prozent (Grafik). Dieses Minus dürfte das Land den aktuellen Prognosen der EU-Kommission zufolge frühestens 2013 wieder wettgemacht haben.

## Dänemark: Hohes Wohlstandsniveau



2007 2008 2009 2010 2011

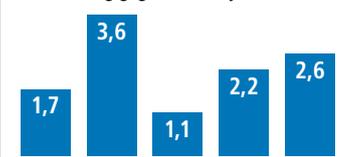
**Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



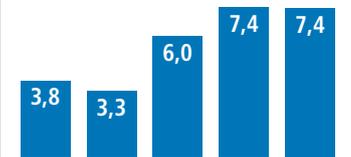
**BIP je Einwohner**  
um Kaufkraftunterschiede bereinigt,  
EU-27=100



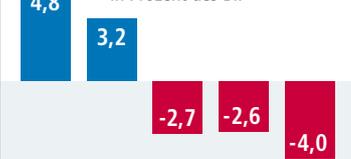
**Verbraucherpreise**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



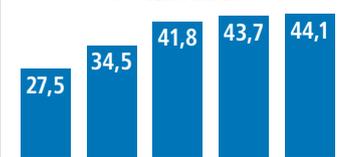
**Arbeitslosenquote**  
in Prozent



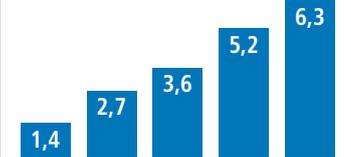
**Haushaltssaldo**  
in Prozent des BIP



**Schuldenstand**  
in Prozent des BIP



**Leistungsbilanzsaldo**  
in Prozent des BIP



# Reine Kopfsache

**Innovationsmonitor.** Die Bundesrepublik liegt im Vergleich mit 27 Industriestaaten in den Top Ten der besten Standorte für innovative Unternehmen, so das Ergebnis des aktuellen Innovationsmonitors der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Im Januar 2011 schenkte der Emir von Kuwait jedem Einheimischen einen Scheck über umgerechnet fast 3.600 Dollar und gab seinem Volk zudem das Versprechen, es bekäme bis März 2012 alle wichtigen Lebensmittel gratis. Kuwait kann sich das leisten, denn das Emirat ist reich an Bodenschätzen, mehr als 90 Prozent seiner Einnahmen stammen aus dem Ölgeschäft.

Deutschland aber ist arm an Bodenschätzen, statt Öl sichern hier Innovationen Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Doch welche Kriterien muss ein Standort erfüllen, damit Unternehmen ihn als innovationsfreundlich wahrnehmen? Diese Frage stellte der INSM-Innovationsmonitor 2012 mehr als 2.000 deutschen Unternehmen, die es wissen müssen – nämlich solchen, die selbst

schon innovative Produkte und Dienstleistungen auf den Markt gebracht haben (Grafik).

**Das wichtigste Kriterium für Innovatoren ist eine gute Qualifikation der Beschäftigten.**

Es sind aber nicht nur die Doktor-titelträger und Diplom-Ingenieure bedeutend für die Innovationskraft der Unternehmen, sondern auch beruflich qualifizierte Arbeitskräfte. Ebenso ist vielen Unternehmen sehr wichtig, dass die Schüler in der Breite technisches Wissen haben und ausbildungsreif sind.

Die Befragung zeigt, dass die Beurteilungen stark davon abhängen, wie Unternehmen ihre Innovationen hervorbringen:

**Wer selbst zwar Neuerungen auf den Markt bringt, dafür aber keine eigene Forschung und Entwicklung betreibt, für den sind eher die beruflich qualifizierten technischen Fachkräfte wichtig.**

Und genau das trifft auf einen guten Teil der Innovatoren in der deutschen Industrie zu. Unternehmen der Textilbranche etwa zählen genauso dazu wie beispielsweise Möbelhersteller. Ihre Neuerungen entstehen nicht in Labors, sondern durch Learning by Doing, durch Rückmeldungen von Kunden oder einfach durch Erfahrung.

Anders sieht es bei jungen Unternehmen aus, die in einem hohen Maß selbst Forschung betreiben, also etwa Firmen, die medizin-, mess- oder prüftechnische Apparate herstellen und in der Entwicklung bio- oder nanotechnischer Anwendungen tätig sind sowie mindestens 7 Prozent des Umsatzes in Forschung und Ent-

## Welche Faktoren für Deutschlands Innovatoren wichtig sind

So wichtig sind diese Kriterien auf einer Skala von 0 bis 100 für deutsche Unternehmen, die selbst Innovationen hervorbringen

### Qualität des schulischen Bildungssystems

Möglichst viele Schüler erreichen mit ihren mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen mindestens Ausbildungsreife	51
Schüler haben hohe mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen	46
Abiturienten haben hohe mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen	45

### Eigene Forschungsanstrengungen

Hohes Investitionsbudget für Forschungs- und Innovationsaktivitäten	33
Patente/Gebrauchsmuster	25
Forschungspersonal	24

### Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit ...

... beruflichem Abschluss	53
... einem MINT-Hochschulabschluss	51
... einer MINT-Promotion	21

### Forschungsbedingungen

Infrastruktur im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie	41
Steuerliche FuE-Förderung	26
Staatliche FuE-Investitionen	20

### Rahmenbedingungen zur Umsetzung neuer Ideen

Innovationsfreundliche Arbeitsmarktregulierung	38
Innovationsfreundliche Technologieregulierung	34
Verfügbarkeit von Risikokapital	30

### Erschließung von Fachkräftepotenzialen

Weibliche MINT-Absolventen	25
Fachkräfte aus bildungsfernen Schichten	24
Ausländische Studenten	16

wicklung investieren. Diese Unternehmen legen deutlich mehr Wert auf einen Universitätsabschluss ihrer Mitarbeiter.

Bewertet man auf Basis dieser Einschätzungen einzelne Rahmenbedingungen, so kann man die Standortbedingungen in anderen Industrieländern aus Sicht der deutschen Innovatoren vergleichen.

**Ob vorhandene Fachkräfte, liberale Arbeitsmarktregulierungen oder gute IT-Infrastruktur – die besten Bedingungen für innovative Unternehmen bietet so gesehen Finnland.**

Im Gesamtranking der 28 Staaten belegt das Land im hohen Norden mit Abstand Platz eins (Grafik). Deutschland ist auf einem guten sechsten Rang gelandet. Maßgeblich dazu beigetragen haben die hiesigen Stärken in der beruflichen Ausbildung. Nicht so gut sieht es in Deutschland dagegen mit der Verfügbarkeit von Risikokapital aus. Doch diese Schwäche hat keine großen Auswirkungen, da viele Innovatoren hierzulande ihre neuen Produktideen aus anderen Quellen finanzieren können.

Etwas überraschend dagegen ist das bescheidene Abschneiden der USA, die nur auf Platz 15 stehen. Für deutsche Innovatoren ist dieser Standort weniger attraktiv: Die Absolventenzahlen in den MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, sind relativ niedrig und viele Schüler zu schlecht in Mathematik und Naturwissenschaften. Eine Stärke der Vereinigten Staaten sind dagegen die guten Rahmenbedingungen zur Umsetzung neuer Ideen. Hier schneiden

## Innovationsmonitor 2012: Gute Noten für Deutschland

Der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellte Innovationsmonitor 2012 vergleicht aus Sicht deutscher Unternehmen, die selbst Innovationen hervorbringen, die Innovationsbedingungen von 28 Volkswirtschaften auf Basis von 18 Indikatoren.

Skala von 0 (schlecht) bis 100 (sehr gut)



Stand der Indikatoren: 2009 und 2010  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw3

die USA am besten von allen Ländern ab.

Der Innovationsmonitor zeigt aber mehr als eine bloße Rangliste: Es lässt sich auch ein Zusammenhang zwischen der Innovationskraft eines Landes und seinem Bonitätsrating herstellen.

**Von den besten sieben Ländern bekommen momentan sechs Staaten von der Ratingagentur Standard & Poor's die beste Länderbonität AAA attestiert.**

Von den elf Ländern auf den letzten Plätzen kann keines dieses Rating aufweisen, darunter die Euro-Krisenstaaten Portugal, Italien und Griechenland. Umgekehrt heißt das: Würden diese Sorgenkinder ihre Innovationskraft steigern – und vor

allem die Produktmärkte stärker liberalisieren und dadurch die Umsetzung neuer Ideen erleichtern –, könnten sie sich leichter aus eigener Kraft aus der Krise ziehen.

Doch auch die innovationsstarken Volkswirtschaften sollten sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Denn die Konkurrenz schläft nicht. Vor allem China hat in den vergangenen fünf Jahren aufgeholt. Das Land mausert sich immer mehr vom billigen Imitator zum ernst zu nehmenden Innovator. So gilt auch in China mittlerweile ein Patentrecht, das weltweit Anerkennung findet. Deutsche Unternehmen etwa haben die Zahl ihrer Patentanmeldungen in China zwischen 1995 und 2008 verzehnfacht.

# Ist Deutschland lohnmagersüchtig?

**Lohnstückkosten.** Anders als oft behauptet, ist Deutschland in den vergangenen Jahren keineswegs übermäßig auf die Lohnbremse getreten. Vielmehr sind die Lohnstückkosten seit 1999 unterm Strich konstant geblieben. In den wichtigen Konkurrenzländern verlief die Entwicklung insgesamt ähnlich. Damit gehört das Lohnstückkostenniveau der deutschen Industrie nach wie vor zu den weltweit höchsten. 

Es ist gar nicht so lange her, da galt Deutschland als kranker Mann Europas mit schlechten Standortbedingungen. Dies hat sich grundlegend geändert – nach Ansicht einiger kritischer Ökonomen und ausländischer Politiker allerdings nicht nur mit positiven Konsequenzen: Inzwischen verdränge die deutsche Wirtschaft dank der stark angezogenen Lohnbremse mit ihren Exporten die Konkurrenz auf den internationalen Märkten. Zugleich schwäche die Lohnzurückhaltung die Kaufkraft der Verbraucher und schmälere so die Absatzchancen ausländischer Anbieter auf dem deutschen Markt.

Diese Argumentation ist jedoch kaum stichhaltig. Zum einen sind nicht nur die deutschen Ausfuhren auf Rekordniveau, sondern auch die Einfuhren – die Unternehmen in Deutschland beziehen viele Vorleistungen aus dem Ausland und kurbeln so dort die Nachfrage an. Zum anderen hat die Lohnzurückhaltung Arbeitsplätze gesichert und den privaten Konsum stabilisiert.

Vor allem aber lässt sich die grundlegende Behauptung kaum halten, Deutschland betreibe Lohndumping auf Kosten des Auslands. Dies macht eine nähere Betrachtung der Lohnstückkosten (Kasten) deutlich:

- **Entwicklung der Lohnstückkosten.** Zwar scheint ein erster Blick auf die Statistik den Kritikern recht zu geben (Grafik): Von 1999, als der Euro eingeführt wurde, bis 2007, dem letzten Jahr vor der Finanzkrise, sanken die industriellen Lohnstückkosten in Deutschland um 16 Prozent, während sie in den anderen Euroländern um 3,5 Prozent stiegen. In der Krise näherten sich die Kostenkurven aber wieder an – 2010 lagen die Lohnstückkosten in der deutschen Industrie wieder auf dem Niveau von 1999, während sie im Euro-Ausland rund 12 Prozent höher waren.

Außerdem endet der industrielle Wettbewerb nicht an den Grenzen des Euroraums. Verglichen mit der globalen Konkurrenz kommt Deutschland schlecht weg:

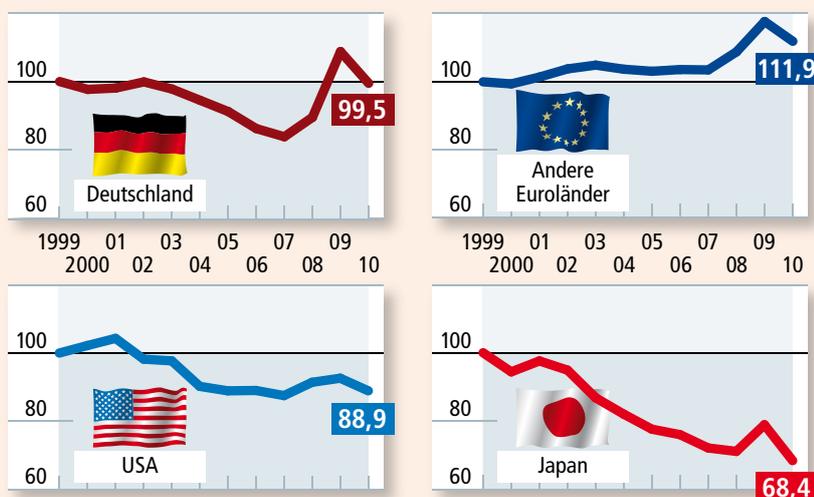
**Während die Lohnstückkosten in der deutschen Industrie von 1999 bis 2010 insgesamt konstant geblieben sind, gingen sie – jeweils in nationaler Währung gerechnet – in den USA um 11 Prozent und in Japan um 32 Prozent zurück.**

In Euro umgerechnet sind die Lohnstückkosten in den USA sogar um fast 29 Prozent gesunken – ähnlich stark wie in Japan.

Insgesamt sind die Lohnstückkosten in allen konkurrierenden Industrieländern (ohne die mittel- und

## Lohnstückkosten: In Deutschland stabil

im Verarbeitenden Gewerbe, 1999 = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde zur Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde, in nationaler Währung; Andere Euroländer: Durchschnitt der aktuellen Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion ohne Deutschland, Irland, Malta und Zypern, gewichtet mit dem Anteil der Länder am Weltexport im Zeitraum von 2008 bis 2010  
 Ursprungsdaten: Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt, U. S. Department of Labor



aus IW-Trends  
4/2011

Christoph Schröder:  
Produktivität und Lohnstückkosten der  
Industrie im internationalen Vergleich

[www.iwkoeln.de/trends](http://www.iwkoeln.de/trends)

osteuropäischen EU-Mitglieder) seit 1999 auf Basis der jeweiligen Währung nur um 2 Prozent gestiegen.

**Einschließlich des Wechselkurseinflusses blieben die Lohnstückkosten im gesamten Ausland von 1999 bis 2010 sogar unverändert – genauso wie in Deutschland.**

Die deutsche Wirtschaft hat also ihre Kosten in den vergangenen Jahren keineswegs übermäßig gedrückt – vielmehr verlief die Entwicklung gerade in den heutigen Krisenländern besonders ungünstig. So sind die Lohnstückkosten beim Euro-Sorgenkind Griechenland seit 1999 um 65 Prozent gestiegen.

Ein Blick noch weiter zurück zeigt zudem, dass die Löhne in Deutschland in der ersten Hälfte der 1990er Jahre kräftig in die Höhe schossen und die Unternehmen daher mit einem Kostenhandicap in die Europäische Währungsunion starteten. Im Zeitraum von 1991 bis 2010 legten die Lohnstückkosten in Deutschland ähnlich stark zu wie in den anderen Euroländern.

- **Lohnstückkostenniveau.** Im internationalen Vergleich sind die deutschen Industrieunternehmen überdurchschnittlich produktiv (Grafik):

**Im Vergleich von 24 Ländern hat das deutsche Verarbeitende Gewerbe das achthöchste Produktivitätsniveau.**

Deutlich höher ist die Bruttowertschöpfung je Beschäftigtenstunde

## Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2010,  
Deutschland = 100

	Lohnstückkosten	Produktivität
Vereinigtes Königreich	115	65
Frankreich	113	88
Italien	107	66
Dänemark	102	104
Deutschland	100	100
Norwegen	100	133
Belgien	98	102
Spanien	91	66
Schweden	90	95
Finnland	87	104
Österreich	87	101
Kanada	86	82
Niederlande	86	112
Griechenland	85	43
Tschechien	84	28
Estland	83	22
Australien	79	88
USA	76	118
Südkorea	75	47
Japan	73	95
Slowakei	72	33
Polen	71	20
Litauen	65	28
Ungarn	65	25

Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Preisen und Wechselkursen von 2010 zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Preisen und Wechselkursen von 2010; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt, U. S. Department of Labor

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 3

nur in Norwegen, den USA und den Niederlanden. Im Schnitt hinkt das Ausland den hiesigen Industrieunternehmen um 13 Prozent hinterher.

Der deutsche Produktivitätsvorsprung ist aber zu gering, um die hohen Arbeitskosten wettzumachen. Die ausländischen Wettbewerber ha-

ben durchschnittlich um 24 Prozent niedrigere Lohn- und Lohnzusatzkosten als die hiesige Industrie.

**Insgesamt hat die internationale Konkurrenz gegenüber Deutschland einen Lohnstückkostenvorteil von 12 Prozent. Nur in vier Ländern ist das Kostenniveau höher als hierzulande.**

Zwar sind gerade die anderen großen europäischen Volkswirtschaften – Großbritannien, Frankreich und Italien – teurer als Deutschland. Doch weitere wichtige Lieferanten von Industriegütern haben einen erheblichen Lohnstückkostenvorteil gegenüber der Bundesrepublik – in den USA und Japan etwa beträgt dieser Vorteil jeweils rund ein Viertel.

### Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten bilden das Verhältnis von Arbeitskosten zur Produktivität ab. Sie sind umso höher, je höher die Löhne und Lohnnebenkosten je Beschäftigtenstunde in Relation zur Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde ausfallen. Steigen die Arbeitskosten zum Beispiel infolge von Tariflohnerhöhungen, ist dies für die Unternehmen am ehesten dann zu verkraften, wenn die Produktionsleistung in gleichem Maße zulegt. Um die Lohnstückkosten international vergleichen zu können, bietet sich die Betrachtung des Verarbeitenden Gewerbes an, da auf den globalen Märkten vor allem Industriegüter gehandelt werden.

# Der Fiskus verdient mit

**Glücksspiel.** Mit Lotto, Toto und in Spielkasinos werden jedes Jahr Milliarden umgesetzt. Dank ihres Gewinnspielmonopols kassieren die Bundesländer zwar kräftig mit – doch ihre Einnahmen gehen zurück. 

Glücksspiel ist ein lukratives Geschäft, denn zumindest einer gewinnt dabei immer: die Bank bzw. der Staat. Denn aus den vielen kleinen Einsätzen ergibt sich nach Abzug der Ausschüttungen ein erklecklicher Betrag, von dem der Fiskus ein gutes Stück abbekommt (Grafik):

**Insgesamt nahmen die Bundesländer aus den staatlich regulierten Glücksspielen, insbesondere Lotto, sowie von Spielbanken im Jahr 2010 gut 3,3 Milliarden Euro ein.**

Mit 1,5 Milliarden Euro spülte die Lotteriesteuer das meiste in die Staatskasse. Aus Gewinnablieferungen im Zahlenlotto und Fußballtoto stammten weitere gut 1,1 Milliarden Euro. Die Spielbanken

führten 350 Millionen Euro an den Fiskus ab.

Den größten Batzen – 725 Millionen Euro – nahm 2010 Nordrhein-Westfalen aus dem Glücksspiel ein. Bayern verdiente an der Spielfreude seiner Bürger annähernd 500 Millionen Euro, Baden-Württemberg gut 400 Millionen Euro.

Eine sichere Bank sind die Einnahmen aus dem Staatsmonopol jedoch nicht mehr. Weil viele Menschen ihr Glück inzwischen lieber in Spielhallen als am Roulettetisch versuchen, gingen die Einnahmen der Länder seit 2002 um mehr als ein Viertel zurück. Insgesamt flossen seither gut 4,8 Milliarden Euro weniger an den Staat, als bei konstant bleibenden Einnahmen auf dem Niveau von 2002 zu erwarten gewesen wäre. Um nahezu ein Drittel sind zum Beispiel die Gewinnablieferungen und andere Abgaben eingebrochen.

Spielhallen und Automaten brachten dagegen mehr Geld als früher. Das machte den Verlust bei den anderen staatlichen Glücksspielen zwar weitgehend wett. Allerdings müssen sich die Bundesländer diese Einnahmen mit dem Bund und den Kommunen teilen.

Vor diesem Hintergrund scheint das Beharren der Länder auf ihrem Monopol nicht völlig selbstlos mo-

## Die Lottofee beglückt den Staat

Einnahmen der Bundesländer 2010 in Millionen Euro



Nordrhein-Westfalen	725
Bayern	469
Baden-Württemberg	422
Niedersachsen	313
Rheinland-Pfalz	280
Hessen	274
Hamburg	152
Schleswig-Holstein	136
Berlin	131
Sachsen	119
Brandenburg	79
Sachsen-Anhalt	56
Mecklenburg-Vorpommern	42
Thüringen	40
Saarland	33
Bremen	27

**Insgesamt 3.311**

Haushaltsansätze; Quelle: Statistisches Bundesamt  Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Ind 3

tiviert zu sein. Trotzdem wiederholen sie gebetsmühlenartig das Argument, nur mit dem staatlichen Glücksspielmonopol könne man die Bürger wirksam vor den Gefahren der Spielsucht schützen.

## Adressaufkleber



## IW-Positionen Nr. 51

Hubertus Bardt: Markt kontra Monopol – Liberalisierung von Glücks- und Gewinnspiel in Deutschland, Köln 2011, 46 Seiten, 11,80 Euro.

[www.iwmedien.de/bookshop](http://www.iwmedien.de/bookshop)

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellvertreterin:** Brigitte Lausch  
**Redaktion:** Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf  
**Redaktion Berlin:** Klaus Schäfer  
**Redaktionsassistentin:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de)

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** 0221 4981-443, [hartmann@iwkoeln.de](mailto:hartmann@iwkoeln.de)  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln, **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de)  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: [www.pressemonitor.de](http://www.pressemonitor.de)

**iw.köln.wissen**  
SCHAFFT KOMPETENZ.